



→ « Wird den Banken jede Flexibilität genommen, sind die Kreditversorgung und damit Investitionen, Innovation und Wachstum gefährdet. »

Regulierung

Überregulierte Banken **sind schlecht für die Schweiz**

29.12.2025

Auf einen Blick

- Die Schweizer Wirtschaft leidet unter zunehmender Regulierung, die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität beeinträchtigt.
- Die geplante Verschärfung der Bankenregulierung erhöht Kreditkosten und gefährdet den Standort Schweiz.
- Gefordert ist ein ausgewogenes Regulierungsmodell, das Sicherheit mit Wettbewerbsfähigkeit verbindet statt Überregulierung zu fördern.

Die Schweizer Wirtschaft durchlebt turbulente Zeiten. Geopolitische Spannungen, protektionistische Tendenzen und unsichere Marktzugänge belasten den stark exportorientierten Standort. Gerade jetzt braucht die Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen. Doch die Regulierungslast wächst kontinuierlich.

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens BSS/IFO könnten in der Schweiz bei effizienteren Regulierungen jährlich 30 Milliarden Franken eingespart werden. Der Bundesrat hat zwar Entlastungsmassnahmen angekündigt, deren Wirkung bleibt jedoch bislang bescheiden. Das Ambitionsniveau muss entschieden höher sein, um die Wirtschaft spürbar zu entlasten.

Die Wirtschaft ist besorgt

Übermässige und komplizierte Regulierung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und kann dadurch auch die Stabilität beeinträchtigen. Das gilt auch für die geplante Verschärfung der Bankenregulierung, die heute bereits zu den strengsten weltweit zählt. Mit der Revision der Eigenmittelverordnung (ERV) und den Änderungen am Bankengesetz setzt der Bundesrat auf nochmals strengere Kapitalvorschriften – restriktiver als in der EU, Grossbritannien oder den USA. Dies läuft dem international erkennbaren Trend zur Lockerung bzw. Vereinfachung von Regulierungen entgegen.

Beide Vorlagen werden isoliert behandelt, ohne die Interdependenzen mit weiteren Reformen zu berücksichtigen. Das Too-big-to-fail-Gesamtpaket steht noch aus, darunter die Massnahmen zur Abwicklungsfähigkeit. Dabei ist genau dieser Punkt zentral. Die Wirtschaft ist besorgt, denn in Folge der geplanten Kapitalverschärfungen würden sich Unternehmenskredite verteuern. Finanzierungskosten für KMU und Industrie würden steigen. Diese Sorge zieht sich durch die Vernehmlassungsantworten zur Eigenmittelverordnung: Eine Mehrheit betont die Gefahr für den Standort Schweiz.

Man sollte meinen, dass solch weitreichende Massnahmen gründlich geprüft werden. Doch die Behörden untersuchten mit ihrer Auftragsstudie vom

September 2025 nur die Stabilität des Finanzplatzes – nicht die Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Volkswirtschaft. Eine umfassende Analyse fehlt.

Klar ist: Regulierung darf nicht nur maximale Sicherheit anstreben. Wie beim Auto, das nicht aus Beton gebaut wird, braucht es ein Optimum: Stabilität ja, aber auch Alltagstauglichkeit und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis für einen zukunftsfähigen Finanzplatz. Wir unterstützen viele Massnahmen nach der CS-Krise, doch die Balance zwischen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ist entscheidend. Ein Bauchgefühl reicht nicht.

Banken müssen Risiken tragen – das ist ihre Aufgabe. Wirtschaften ist immer mit Unsicherheit verbunden. Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften sind sinnvoll, aber die Politik muss die Folgen für die Wirtschaft im Blick behalten. Zielgerichtete Lehren aus der CS-Krise sind wichtig, doch sie dürfen nicht zu einer Überreaktion führen. Die Schweiz braucht eine international vernetzte Grossbank und einen Finanzplatz, der KMU und Industrie professionelle Dienstleistungen zu fairen Preisen bietet, auch für deren Exportgeschäft. Regulierungen fernab internationaler Standards gefährden Wohlstand und Arbeitsplätze. Das muss verhindert werden.

Wettbewerbsfähig bleiben

Die Politik ist gefordert, die Bedenken der Wirtschaft ernst zu nehmen. Wir brauchen

einen Finanzplatz, der nicht durch übertriebene Vorschriften ausgebremst wird. Ein Finanzplatz, der durch Überregulierung stranguliert wird, verliert nicht nur an Attraktivität, sondern gefährdet die gesamte Volkswirtschaft. Die Schweiz muss sich fragen: Wollen wir ein System, das Stabilität um jeden Preis erzwingt, oder eines, das Stabilität mit Wettbewerbsfähigkeit verbindet? Die Antwort sollte klar sein. Nur ein ausgewogenes Regulierungsmodell sichert langfristig Arbeitsplätze, Investitionen und Wohlstand. Die Politik muss handeln – mit Augenmass statt Aktionismus.

Die Erstpublikation dieses Beitrags erfolgte am 29. Dezember 2025 in der NZZ.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch